



*Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss*

INT/833

**Ein umfassender Ansatz für die Industriepolitik**

## **STELLUNGNAHME**

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

**Ein umfassender Ansatz für die Industriepolitik in der EU – Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie**  
(Sondierungsstellungnahme)

Berichterstatter: **Gonçalo LOBO XAVIER**

Mitberichterstatter: **Dirk BERGRATH**

Befassung	Bulgarischer Ratsvorsitz, 05/09/2017
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständige Fachgruppe	Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch
Annahme in der Fachgruppe	18/12/2017
Verabschiedung auf der Plenartagung	17/01/2018
Plenartagung Nr.	531
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	134/1/0

## 1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- 1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) schließt sich der Auffassung an, dass einer erneuerten Strategie für die Industriepolitik der EU entscheidende Bedeutung für die Steuerung des Wachstums und die rasche Anpassung der Mitgliedstaaten an die neuen Trends und ein neues Wirtschaftsmodell zukommt. Die Industrie im weiteren Sinne ist außerordentlich wichtig für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Daher fordert der EWSA die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine langfristige und umfassende Strategie mit einer globalen Perspektive zur Bewältigung der Herausforderungen zu erarbeiten und nicht ein Konzept, das auf kurzfristige Abhilfemaßnahmen setzt, die nicht geeignet sind, konkreter und nachhaltig für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu sorgen. In diesem Zusammenhang wäre es hilfreich, wenn die Kommission eine vergleichende Studie zu den jüngst in den USA, in China und in Korea angenommenen Plänen zur Unterstützung des verarbeitenden Gewerbes erstellen würde.
- 1.2 Schon jetzt sind die schnell expandierenden Unternehmensdienstleistungen von größter Bedeutung für das verarbeitende Gewerbe und insbesondere für KMU. Die richtige Kombination aus Unternehmensdienstleistungen und Industrieaktivitäten ist von grundlegender Bedeutung, um Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten, und muss Teil einer modernen industriepolitischen Strategie sein. Start-up-Unternehmen müssen zur Entwicklung von Lösungen ermutigt werden, die die industriellen Aktivitäten fördern und die Wettbewerbsfähigkeit stärken, insbesondere um auf lange Sicht bestehen zu können.
- 1.3 Das Ziel, den Anteil des Industriesektors **bis 2020<sup>1</sup>** von derzeit 15,1 % auf etwa **20 % des BIP** anzuheben, darf nicht nur eine politische Zielsetzung sein, sondern auch eine langfristig orientierte Priorität. Die EU-Politik muss weiterhin auf dieses Ziel ausgerichtet werden, dabei jedoch auch stets der unterschiedlichen Struktur in den einzelnen Mitgliedstaaten sowie der Notwendigkeit Rechnung tragen, eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu verhindern. Dies sollte auch künftig die Priorität der Kommission sein. Die Festlegung neuer, verlässlicher und messbarer Zielvorgaben könnte zudem dazu beitragen, dass sich die Mitgliedstaaten stärker für die industriellen Aktivitäten engagieren und für den Beitrag sensibilisiert werden, den diese zum Wohlergehen der europäischen Bürgerinnen und Bürger leisten.
- 1.4 Der EWSA begrüßt das von Kommissionspräsident Juncker als zentral bezeichnete Ziel, die europäische Industrie und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die weltweite Spitzenreiterrolle bei Innovation, Digitalisierung und Dekarbonisierung zu verteidigen bzw. zu erreichen. Um dies zu verwirklichen, braucht die EU eine langfristige Strategie auf der Basis echter intelligenter Spezialisierung sowie struktureller Vielfalt und Flexibilität in ihren Mitgliedstaaten sowie der Antizipierung grundlegender, rascher und beispielloser Veränderungen in ihrem Umfeld.
- 1.5 Der EWSA ist der Auffassung, dass mit den Sozialpartnern und den Organisationen der Zivilgesellschaft abgestimmte Strukturreformen durchgeführt werden müssen, um in puncto Wettbewerbsfähigkeit für mehr Ausgewogenheit zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zu

---

<sup>1</sup> COM(2017) 479 final.

sorgen. Außerdem müssen spezifische Änderungen in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, öffentliche und private Investitionen sowie Produktivität auf die politische Agenda gesetzt werden. Bewährte Vorgehensweisen aus diesen Bereichen müssen ausgetauscht werden. Angesichts der insgesamt positiven Wirtschaftsleistung Europas ist jetzt der richtige Zeitpunkt, dies zu tun.

- 1.6 Der EWSA ist überzeugt, dass die Attraktivität Europas eine vorrangige Frage in einer auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit basierenden Industriepolitik sein und die Rückverlagerung einiger Branchen auf die Tagesordnung gesetzt werden muss. Eine solche Rückverlagerung muss sich auf die Hauptstärken Europas stützen – sein auf Wissen, Innovation, hohe Qualifikationen sowie Forschung und Entwicklung gestütztes Wirtschaftsmodell und das unternehmerfreundliche und nachhaltige Umfeld, in dem die EU-Sozialstandards gewahrt werden. Erreicht werden kann dies nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen „großen“ Unternehmen und KMU, die eine positive Dynamik des Innovationszyklus anstößt. Diese Zusammenarbeit muss sich in der Zuweisung von EU-Mitteln für Forschung, Entwicklung und Innovation (FuE+I) widerspiegeln und sollte im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 gestärkt werden. Ein positiver fiskalischer Kurs würde die Bereitstellung neuer Haushaltsmittel erheblich erleichtern, die unmittelbar auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ausgerichtet sind.
- 1.7 Der EWSA unterstützt nachdrücklich die jährliche Abhaltung eines „Tages der Industrie“, bei dem die Prioritäten der EU herausgestellt werden können und für dieses Ziel sensibilisiert werden kann. Der EWSA weist darauf hin, dass die Sozialpartner und die Organisationen der Zivilgesellschaft in diesen „Tag der Industrie“ eingebunden werden müssen und einen Beitrag zur Durchführung dieses Vorhabens leisten können. Für Europa ist es unerlässlich, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Zugkraft der Marke „Made in Europe“ verstehen und wissen, dass bei der Bewältigung dieser Herausforderung jeder Einzelne eine Rolle zu spielen hat. Der europäischen Industrie kommt auch gesellschaftliche Bedeutung zu, und das muss allen Bürgerinnen und Bürgern der EU klar sein.
- 1.8 Der EWSA weist darauf hin, dass neue politische Konzepte für den Bereich Qualifikationen erarbeitet und umgesetzt werden müssen. Europa muss sich dieser Herausforderung unter Einbindung der Organisationen der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner stellen, um zu gewährleisten, dass den Arbeitnehmern von heute und ihren Rechten und Pflichten gebührend Rechnung getragen wird. Dabei muss der Blick aber auch in die Zukunft gerichtet werden, und es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Maßnahmen zur Anpassung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung beschleunigt umgesetzt werden müssen, um Europa für die Arbeitswelt der Zukunft zu rüsten.
- 1.9 Der EWSA begrüßt die neue Initiative der Kommission zur Schaffung eines europäischen Rahmens für die Qualität der Lehrlingsausbildung, die wirksam dazu beitragen kann, die Engpässe am Arbeitsmarkt zu überwinden und den Unternehmen Arbeitskräfte zu bieten, die die erforderlichen praktischen Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen<sup>2</sup>. Die Frage der Qualität und Quantität der europäischen Arbeitskräfte ist wahrscheinlich eine der wichtigsten

---

<sup>2</sup>

COM(2017) 563 final – Europäischen Rahmen für hochwertige und nachhaltige Berufsausbildungen.

Herausforderungen für die Wettbewerbsfähigkeit der EU, und jeder Mitgliedstaat muss sich für diese enorme Aufgabe engagieren.

- 1.10 Der EWSA ist der Ansicht, dass es im Hinblick auf gleiche Wettbewerbsbedingungen von entscheidender Bedeutung ist, einen Kompromiss über die Achtung des fairen Handels zwischen den globalen Akteuren zu erzielen<sup>3</sup>. Europa muss in Bezug auf Nachhaltigkeit, die Einhaltung der europäischen Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb mit gutem Beispiel vorangehen und andere Region aktiv einbinden. Aber es darf über die negativen Praktiken anderer globaler Akteure, die die europäischen Werte, die Wettbewerbsfähigkeit, die Arbeitsplätze und den Wohlstand in Europa bedrohen, nicht hinwegsehen. Europa muss wachsam sein und die richtigen Instrumente nutzen, um seine Werte und Industrieunternehmen zu fördern. Fragen wie Überkapazitäten, rechtswidrige staatliche Beihilfen und andere Formen unlauteren Wettbewerbs müssen durch EU-Rechtsvorschriften – unter Einhaltung der WTO-Regeln – angegangen werden. Die Antidumpingmaßnahmen der Europäischen Kommission sind von wesentlicher Bedeutung für ein faires Geschäftsumfeld, aber sie müssen besser überwacht sowie schneller und flexibler gestaltet werden, um das eigentliche Ziel ohne indirekte „Nebenwirkungen“ auf verschiedene Industriezweige zu erreichen.<sup>4</sup>

## 2. **Stand der Dinge in Europa und Kommissionsmitteilung**

- 2.1 Das Ersuchen des bulgarischen Ratsvorsitzes ging einige Tage vor der Veröffentlichung der Kommissionsmitteilung „Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie – Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU“ ein.
- 2.2 Am 5. Juli 2017 forderte das Europäische Parlament die Erarbeitung einer ehrgeizigen EU-Strategie für Industriepolitik einschließlich „einer Strategie der Union und eine[s] Aktionsplan[s] für eine kohärente und umfassende Industriepolitik [...], die auf die Reindustrialisierung der EU abzielen und Ziele, Indikatoren, Maßnahmen und einen Zeitplan umfassen“.
- 2.3 Die im Anschluss vorgelegte Mitteilung ist zumindest als Zeichen für das Interesse der Kommission an diesem Thema zu werten.
- 2.4 Die Kommissionsmitteilung soll nicht im Mittelpunkt dieser Stellungnahme stehen. Folgende Punkte müssen jedoch erwähnt werden:
- In der Mitteilung wird darauf hingewiesen, dass sich die europäische Industrie seit 2009 in einem steten Aufwärtstrend befindet. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Kommission auf 2009 – das schlimmste Krisenjahr – Bezug nimmt. Weder der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung noch die Beschäftigung haben bislang wieder das Niveau

---

<sup>3</sup> Im Einklang mit dem Ziel für nachhaltige Entwicklung Nr. 9 zu Industrie, Innovation und Infrastruktur, auf das sich alle EU-Mitgliedstaaten geeinigt haben.

<sup>4</sup> Die Durchführungsverordnung (EU) 2017/336 der Kommission vom 27. Februar 2017 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter Grobbleche aus nicht legiertem oder anderem legiertem Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China ist ein gutes Beispiel für eine Antidumpingmaßnahme, aber die Nebenwirkungen müssen beobachtet werden ([http://data.europa.eu/eli/reg\\_impl/2017/336/oj](http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2017/336/oj)).

des Vorkrisenjahres 2007 erreicht, und das trotz – oder vielmehr wegen – der Strukturreformen und angebotsorientierten Maßnahmen, die die Nachfrage in den Randgebieten Europas weiter hemmen.

- Es ist schwer zu sagen, was genau am Ansatz der Kommission neu ist. Die Mitteilung besteht überwiegend aus den üblichen (angebotsorientierten) industriepolitischen Empfehlungen der Kommission: Bürokratieabbau, Vertiefung des Binnenmarkts sowie Entwicklung des Investitionskapitals (Neubelebung des Verbriefungsmarkts für Risikokapital, EFSI usw.).
- Neben der Binnenmarktstrategie betont die Kommission die Notwendigkeit zusätzlicher Qualifizierungsmaßnahmen. Abgesehen von der Absicht, die Unterstützung für die Entwicklung „nationaler Kompetenzstrategien“ auf weitere Branchen (Stahl, Papier, grüne Technologien und erneuerbare Energien) auszuweiten, werden keinerlei konkrete Vorschläge unterbreitet.
- In Bezug auf die Finanzierung weist die Kommission auf die bestehenden Struktur- und Investitionsfonds und Fördergremien und -programme (ESIF, EFSI, EIB, Horizont 2020 usw.) hin, wobei sie die entscheidende Frage, wie industriepolitische Initiativen aus einem nach dem Brexit gekürzten EU-Haushalt finanziert werden sollen, völlig außen vor lässt.
- In den Bereichen Energie, Verkehr, Digitalisierung und Handelspolitik fasst die Kommission die bereits ergriffenen Maßnahmen zusammen.
- Angesichts der Entstehung einer neuen Wirtschaft auf der Grundlage von Technologie-Start-ups mit Schwerpunkt auf Dienstleistungen wäre es wünschenswert, dass sich diese Unternehmen stärker im industriellen Bereich engagieren, und zwar nicht nur, um den einzelnen Branchen besser gerecht zu werden, sondern auch, um ihre eigene Dauerhaftigkeit zu fördern. (50 % der Unternehmer scheitern innerhalb der ersten fünf Jahre nach der Firmengründung!<sup>5</sup>)

2.5 Die Mitteilung enthält nichts völlig Neues<sup>6</sup>. Sie ist eine Zusammenfassung der bereits umgesetzten Maßnahmen, ohne einen neuen kohärenten strategischen Ansatz wie vom EP gefordert und wie im Titel der Mitteilung „Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU“ angekündigt. Europa muss jetzt unter Berücksichtigung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Nachhaltigkeit des europäischen Modells Lehren aus der Vergangenheit ziehen und den Blick in die Zukunft richten.

2.6 Im Rahmen einer europäischen Industriestrategie bedarf es eines abgestimmten Aktionsplans mit verbindlichen Zielen, Zeitplänen, Instrumenten und gemeinsamer Verantwortung, um die vier größten Herausforderungen der kommenden zehn Jahre – Digitalisierung, Klimawandel,

---

<sup>5</sup> <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.de.int-opinions.41082> (Ziffer 2.4).

<sup>6</sup> COM(2014) 14 final.

Globalisierung und demografischer Wandel (und insbesondere die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Mobilität und der Bevölkerungsalterung) – bewältigen zu können.

### **3. Allgemeine Bemerkungen**

- 3.1 In der europäischen Industrie und in der Industrie weltweit vollzieht sich ein tiefgreifender Wandel. Dies birgt enorme Herausforderungen. Die europäische Industrie ist von entscheidender Bedeutung für das Wachstum in Europa und die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten. Sie generiert 80 % der europäischen Ausfuhren und fördert die privaten und öffentlichen Innovationen sowie hochqualifizierte Arbeitsplätze für die Bürgerinnen und Bürger. Auch für den Binnenmarkt spielt sie eine zentrale Rolle. Europa hat bei Produkten und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung noch immer einen Wettbewerbsvorteil und muss sich diesen auch in Zukunft sichern. Aber es muss sich diesen Vorteil zu Nutzen machen und weiter auf Aktivitäten setzen, die Wachstum schaffen. Die Industrie beschäftigt direkt 36 Millionen Menschen und trägt zum hohen Lebensstandard der Unionsbürgerinnen und -bürger bei. Sie spielt eine Schlüsselrolle bei der Stützung der Führungsposition Europas in der Welt und seiner internationalen Stellung. Die europäische Industrie ist von größter Bedeutung für die Förderung von Forschung und Innovation und leistet einen sehr wichtigen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum.
- 3.2 Der EWSA ist der Auffassung, dass die derzeitige industrielle Revolution auf einer dramatischen und rapiden Veränderung der globalen Akteure, einem grundlegenden Wandel der Gewohnheiten der Verbraucher sowie bahnbrechenden Entwicklungen in Wissenschaft und Technik fußt. Dies geht einher mit dem allgemein bekannten Voranschreiten der Digitalisierung, der Kreislaufwirtschaft, der Robotisierung und neuer Produktionsverfahren. Das bedeutet, dass die langfristige industriepolitische Strategie für völlig neue Bedingungen ausgelegt sein muss, die z. B. mit der Einführung der künstlichen Intelligenz und – weiter gedacht – eines neuen Konzepts „Industrie 5.0“ entstehen.
- 3.3 Dieser Paradigmenwechsel verändert bereits jetzt grundlegend die Wirtschaft und die Gesellschaft und damit die Industrie in allen ihren Aspekten. Im Zentrum dieser Revolution werden die Veränderungen in den Bereichen Arbeit und Qualifikationen stehen. Diese neue industrielle Ordnung wird sich auf den Großteil der Wirtschaftszweige auswirken. Industrie 4.0 erfordert Arbeit 4.0 – einschließlich eines Rechts auf Zugang zu Bildung und lebenslanges Lernen. Nur qualifizierte Arbeitskräfte werden in der Lage sein, auf die Veränderungen auf den Märkten und innovative Arbeitsplätze zu reagieren.
- 3.4 Der EWSA fordert die Europäische Kommission auf, eine Vergleichsstudie zu den jüngst in den USA, in China und in Korea angenommenen Plänen zur Unterstützung des verarbeitenden Gewerbes durchzuführen und ihm deren Ergebnisse zu übermitteln. Nur anhand einer solchen quantitativen und qualitativen Analyse der eingesetzten Ressourcen sowie der sektoralen und thematischen Prioritäten ist es möglich, „eine umfassende Strategie für die Industriepolitik der EU mit Schwerpunkt auf 2030 und darüber hinaus mit mittel- bis langfristigen strategischen

Zielen und Indikatoren für die Industrie weiterzuentwickeln und dieser Strategie einen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen beizufügen<sup>7</sup>“.

- 3.5 Der EWSA ist der Auffassung, dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Bildungsprogrammen und -einrichtungen und sozialem Zusammenhalt besteht. Dem neuesten Stand entsprechende Kompetenzen und Qualifikationen von IKT-Nutzern und Umschulungsmaßnahmen sind von maßgeblicher Bedeutung. Die Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft sollten eng in die Aufstellung der Lehrpläne sämtlicher Schul- und Ausbildungsgänge aller Ebenen einbezogen werden. Andere globale Akteure neben Europa, insbesondere die Vereinigten Staaten („America First“), China, Japan, Indien und Korea, ergreifen bereits Maßnahmen, um die neuen Herausforderungen zu bewältigen, wobei einem Ansatz für neue Kompetenzen entscheidende Bedeutung zukommt.
- 3.6 Auch die Initiative „Make in India“ zielt darauf ab, das Land darauf vorzubereiten, der nächste Standort des verarbeitenden Gewerbes zu werden. Dieser Prozess betrifft nicht nur die Technologie, sondern vor allem auch die Kompetenzen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Volksrepublik China derzeit ein staatliches Programm namens „Made in China 2025“ umsetzt, das sich auf die deutsche Initiative Industrie 4.0 und andere europäische Trends stützt. Dies bedeutet, dass Europa auch bei diesem Wandel die Führungsrolle innehat. Aber diese Führungsrolle könnte sich als nicht ausreichend erweisen. Wir müssen wir uns auch der künftigen Herausforderungen und der für den Fortschritt notwendigen Anpassungen bewusst sein und die europäische Führungsrolle dauerhaft sichern, indem wir dafür sorgen, dass die Ergebnisse und das Wachstum allen zugutekommen.
- 3.7 Die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas muss trotz der Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten auf globaler Ebene wahrgenommen werden. Mehrere Studien zeigen eine klare Aufteilung in „Mitgliedstaaten, die bei der Wettbewerbsfähigkeit führend sind“ (10), „Mitgliedstaaten, die bei der Wettbewerbsfähigkeit mithalten“ (7) und „Mitgliedstaaten, die bei der Wettbewerbsfähigkeit aufholen“ (11).<sup>8</sup>
- 3.8 Dies bedeutet, dass die ursprünglich auf Konvergenz ausgerichteten politischen Maßnahmen der EU der weiteren Vertiefung der Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten nicht genug Rechnung tragen: Einheitslösungen sind hier unwirksam, und dies muss mutig angesprochen werden, wobei das Ziel prinzipiell stets darin bestehen muss, Wachstum für alle zu schaffen. Der Zusammenhang zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Konvergenz und Kohäsion muss wiederhergestellt werden.
- 3.9 Dies gilt ebenso für die Aktivitäten in den Bereichen FuE+I. Die Investitionen in diese Bereiche müssen unbedingt erhöht bzw. zumindest auf demselben Niveau beibehalten werden, wobei aber stets die Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigt werden muss. Die EU-

---

<sup>7</sup> Schlussfolgerungen des Rates Wettbewerbsfähigkeit vom 30. November/1. Dezember 2017.

<sup>8</sup> Factors for Growth. Priorities for competitiveness, convergence and cohesion in the EU; Lighthouse Europe.



Politik muss der strukturellen Vielfalt in Europa Rechnung tragen, auch in Bezug auf die Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationstätigkeit.<sup>9</sup>

3.10 Schließlich betont der EWSA, dass es im Hinblick auf eine umfassende Reindustrialisierung unbedingt notwendig ist, die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern zu stärken.

#### 4. **Besondere Bemerkungen**

4.1 Handel und Globalisierung (einschließlich Internationalisierungsmaßnahmen von Unternehmen)

4.1.1 Die entscheidende Bedeutung des Binnenmarkts für das europäische Wachstum steht außer Streit, und dieser muss ein faires Umfeld für die Gründung, den Auf- und Ausbau sowie den dauerhaften Betrieb von Unternehmen bieten. Es ist sehr wichtig, die richtigen Rahmenbedingungen für den Betrieb von Unternehmen in der EU zu schaffen. Natürlich darf man dabei nicht Europas Stellung in der Welt und die Notwendigkeit, mit anderen Wirtschaftsräumen zu interagieren, außer Acht lassen. Die jüngst geschlossenen Handelsabkommen mit anderen Volkswirtschaften und die Verhandlungen mit weiteren möglichen Partnern müssen mit Weitblick geführt und als Chance für Wachstum und industrielle Entwicklung gesehen werden. Gleichzeitig kann Europa jedoch nicht über gewisse unlautere Handelspraktiken in anderen Wirtschaftsräumen der Welt hinwegsehen und muss entschlossen darauf reagieren.

4.1.2 Die europäischen Sozialstandards müssen auch künftig im Mittelpunkt jeder Politik stehen, und obwohl Europa diese Standards der Welt nicht aufoktroyieren kann, müssen Maßnahmen ergriffen werden, um sie zu verteidigen und eine konstruktive globale Kultur der sozialen Unternehmensverantwortung zu schaffen, in der Europa weltweit mit gutem Beispiel vorangeht.

4.2 Energie und nachhaltige Industrie auf der Grundlage der Kreislaufwirtschaft

4.2.1 Europa muss laufend in eine nachhaltige Industrie investieren, die auf Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern stößt. Eine Gesellschaft, die ihre Umweltbelastung verringern kann, indem sie dafür sorgt, dass Ressourcen möglichst lange genutzt werden, ist besser gerüstet. Das Konzept der Kreislaufwirtschaft muss im Zentrum jeder Industriepolitik stehen, um ein nachhaltiges Umfeld zu schaffen, in dem neue Produkte durch Rückgewinnung, Wiederverwendung, Aufbereitung oder Recycling hergestellt werden.

4.2.2 Der Nutzung alternativer und umweltfreundlicher Energie muss mehr denn je Priorität eingeräumt werden.<sup>10</sup> Die Bürgerinnen und Bürger müssen für die Aktivitäten sensibilisiert werden, die Arbeitsplätze schaffen und dem verarbeitenden Gewerbe in Europa in vielen Bereichen des Wissenstransfers eine Führungsrolle verschaffen. In diesem besonderen

---

<sup>9</sup> EWSA-Informationsbericht zur Halbzeitbewertung von Horizont 2020 (INT/807).

<sup>10</sup> Laut jüngster Ergebnisse zu den Kapazitäten im Bereich der Windenergie wurden am Donnerstag, dem 23. November 2017, 19,2 % des Energiebedarfs in Europa aus Windkraft gedeckt (<https://windeurope.org/about-wind/daily-wind/>). Die drei Spitzenreiter – Dänemark mit 93 %, Deutschland mit 47 % und Portugal mit 46 % – zeigen, dass es möglich ist, die Energieeffizienz zu steigern.

Wirtschaftszweig zeigt sich Europas Fähigkeit, das auf der Ebene der Universitäten und anderer Institutionen erlangte Wissen mit dem verarbeitenden Gewerbe zusammenzuführen.

4.2.3 Statt sich nur auf interne Maßnahmen zu konzentrieren, sollte die EU ein günstiges Umfeld für die EU-Wirtschaft im Hinblick auf den Export von Technologien, Produkten und Lösungen anstreben, die zu einer möglichst effizienten Bewältigung der globalen Probleme im Bereich Klima und natürliche Ressourcen beitragen.

#### 4.3 Forschung, Entwicklung und Innovation

4.3.1 Europäische FuE-Projekte sollten durch öffentliche Mittel gefördert und mit den Maßnahmen in den Mitgliedstaaten abgestimmt werden. Es muss prioritär dafür gesorgt werden, dass in den einzelnen Mitgliedstaaten mehr in FuE+I investiert wird. Darüber hinaus fordert der EWSA (erneut) eine Vereinfachung des Zugangs zu EU-Finanzmitteln für Innovation.<sup>11</sup>

4.3.2 Außerdem ist der EWSA der Auffassung, dass EU-Investitionen in „Großunternehmen“ zur Förderung der Beteiligung von KMU einen echten Nutzen für das Innovationsökosystem darstellen. Eine positive Innovationsdynamik ist nur dann möglich, wenn die Investitionen großer Unternehmen und das Streben nach Lösungen von KMU zusammengeführt werden. In diesem Bereich sollten europäische Projekte wie COSME in den Mitgliedstaaten stärker herausgestellt werden, um die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger zu verändern.

4.3.3 Darüber hinaus befürwortet der EWSA die Stärkung der verantwortungsvollen Forschung und Innovation (englisch: Responsible Research and Innovation/RRI). Es handelt sich dabei um einen ganzheitlichen Ansatz, der bereits im Rahmen von Horizont 2020 festgelegt wurde und der mittels inklusiver und partizipativer Methoden die Beteiligung aller Akteure (von den Vertretern der Forschungsgemeinschaft bis hin zu den Institutionen und Regierungen) vorsieht.

4.3.4 Nicht zu vernachlässigen sind nach Auffassung des EWSA insbesondere auch die jüngsten technischen Entwicklungen infolge der Fortschritte bei der Erforschung künstlicher Intelligenz (KI) und der Anwendung dieser Forschungsergebnisse. In diesem Zusammenhang weist der EWSA auf die Auswirkungen und Konsequenzen der Anwendung von KI nicht nur auf die industriellen Produktionsverfahren, sondern auch auf die Arbeit und den Lebensalltag der Menschen hin.

#### 4.4 Brexit

4.4.1 Die Auswirkungen des Brexits werden je nach Branche unterschiedlich ausfallen und von der Vereinbarung abhängen, die das Vereinigte Königreich schlussendlich mit der EU-27 schließt. Manche Branchen werden die Auswirkungen des Brexits wohl stärker zu spüren bekommen als andere. Nichtsdestoweniger sollten die Auswirkungen nicht branchenspezifisch betrachtet

---

<sup>11</sup> Die Investitionen im Rahmen von Horizont 2020 werden in einer Reihe von Schätzungen mit 74,8 Mrd. Euro beziffert, davon 16,4 Mrd. für die industrielle Führungsrolle. Im laufenden mehrjährigen Finanzrahmen belaufen sich die Mittelzuweisungen aus den Strukturfonds für Forschung und Innovation auf 43,7 Mrd. Euro, für die Wettbewerbsfähigkeit von KMU auf 63,7 Mrd. Euro und für die Schaffung einer CO<sub>2</sub>-emissionsarmen Wirtschaft auf 44,8 Mrd. Euro. Das staatliche Investitionsvolumen des Projekts „Made in China“ wird in jüngsten Schätzungen auf 1,5 Mrd. USD veranschlagt.

werden, da die einzelnen Branchen untereinander stark verflochten sind, was die Folgen auf jede einzelne davon potenzieren könnte. Probleme in der Lebensmittel- und Getränkeproduktion werden sich z. B. auf das Hotel- und Gaststättengewerbe auswirken, und ein Rückgang im Bereich der Metallindustrie wird Folgen für den Fahrzeugbau haben.

4.4.2 Zwei Aspekten scheinen beide Seiten besondere Bedeutung beizumessen: dem Marktzugang sowie der Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Während die Verfügbarkeit von EU-Arbeitskräften für das Vereinigte Königreich in vielen Branchen weitgehend vergleichbar ist, kommt den Exporten in die EU je nach Branche eine sehr unterschiedliche Bedeutung zu, wobei einige große Branchen wie der Bau und der Groß- und Einzelhandel eher auf den Heimatmarkt ausgerichtet sind.

4.4.3 Nach Auffassung des EWSA kommt es darauf an, die Integrität des Binnenmarkts zu wahren. Außerdem muss für Rechtssicherheit gesorgt werden.

## 5. **Investitionsplan**

5.1 Investitionen spielen vor dem Hintergrund eines neuen Industriezeitalters eine Schlüsselrolle. Der EWSA ist der Meinung, dass eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden könnte, um die Effizienz der Investitionen zu erhöhen und Industrieunternehmen eine andere Dimension zu erschließen:

- Ausweitung öffentlicher Investitionen: finanzielle Spielräume für die Mitgliedstaaten, Lockerung der Verschuldungskriterien für öffentliche Investitionen („goldene Regel“), Aufstockung der EU-Mittel für den industriellen Wandel und Investitionen in eine nachhaltige (trans-)europäische Infrastruktur;
- Stärkung privater Investitionen: Stimulierung der Investitionstätigkeit der EIB, Auflegung neuer Förderprogramme nationaler Banken und Ausweitung der bestehenden Programme. Ziel ist es, den KMU einen sicheren und langfristigen Finanzierungsrahmen zu bieten, insbesondere im Hinblick auf die komplexen Transformationsprozesse;
- sowie die nachhaltige Finanzierungsstrategie der Europäischen Kommission im Rahmen der Kapitalmarktunion zu unterstützen, die langfristige Investitionen durch die Mobilisierung privater Kapitalflüsse für nachhaltige Investitionen erleichtert. In diesem Zusammenhang unterstreicht der EWSA die Bedeutung des Schlussberichts, den die Hochrangige Sachverständigengruppe für nachhaltige Finanzierung (High-Level Expert Group on Sustainable Finance) in Kürze vorlegen wird, sowie des anschließenden Aktionsplans.

5.2 Die Zuweisung von EU-Mitteln muss vor allem auf die Umsetzung der industriepolitischen Entwicklungsziele – insbesondere solcher, die einen zusätzlichen Nutzen für die EU haben (Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Digitalisierung usw.) – abzielen und an die EU-Sozialstandards sowie einen Leistungsvergleich geknüpft werden.

- 5.3 Diese Nachhaltigkeitsziele sind von grundlegender Bedeutung für die europäische Industrie und die Führungsrolle Europas. Sie erfordern jedoch einen geeigneten Investitionsrahmen für KMU, der es ihnen ermöglicht, wettbewerbsfähig zu bleiben.
- 5.4 Zudem ist der EWSA der Auffassung, dass geprüft werden sollte, ob den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt werden kann, in ihre nationalen Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge soziale und regionale Kriterien aufzunehmen (Konzept des „good content“).
- 5.5 Schließlich schlägt er vor, nach neuen Denkansätzen für die Unternehmensbesteuerung zu suchen, um die Probleme mit Steuerumgehung und Steuerwettbewerb anzugehen.

Brüssel, den 17. Januar 2018

Georges DASSIS  
Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

---